

Mittwoch, 15
März, 2006



*Sorgen sich um
den
Bundesbrief:
Peter Föhn und
Christoph
Mörgeli
(rechts).
Keystone*

Mörgeli will Bundesbrief kaufen

Mit Vorstössen will Schwyzer SVP USA-
Reise des Originaldokuments verhindern

**Der Bundesbrief werde mutwillig dem
Risiko von Beschädigung und Verlust
ausgesetzt. Deshalb wollen ihn Christoph
Mörgeli, Peter Föhn und Pirmin
Schwander für eine Mio Franken kaufen.**

kk. Vom 10. bis 30. Juni soll der Bundesbrief
von 1291 in Philadelphia im Amerikanischen
Museum für Verfassungsgeschichte
ausgestellt werden. Im Rahmen des
Projekts «swiss roots» sollen die
Amerikaner mit Schweizer Wurzeln (rund
eine Mio) den historisch wertvollen Brief
bestaunen können.

Mio schon beisammen

Gegen die US- und erstmalige Auslandsreise
des ältesten Gründungsdokumentes der
Eidgenossenschaft regt sich nun
Widerstand. Eine Gruppe von Privatleuten
um den Zürcher SVP-Nationalrat und
Historiker Christoph Mörgeli will dem Kanton
Schwyz den Bundesbrief abkaufen, wie
gestern an einer Medienkonferenz in Bern
bekannt wurde. Die beiden Schwyzer
Parteikollegen und Nationalräte Peter Föhn
und Pirmin Schwander kämpfen an Mörgelis
Seite. Als Käufer würde eine private Stiftung
auftreten. Wie Peter Föhn gegenüber dem
«Boten» erklärte, habe eine Gruppe von
patriotisch gesinnten Schweizern schon eine
Mio Franken beisammen, also genau die
Summe, für die der Bundesbrief versichert

ist. Für Pirmin Schwander ist diese Versicherungssumme «geradezu lächerlich gering». Mörgeli sagte, beim Bundesbrief handle es sich um einen Grundpfeiler der Nation. Ausgerechnet dieses Dokument werde auf Betreiben des Eidgenössischen Departements für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) an ein Museum in Amerika ausgeliehen, wofür das EDA bereits die Erlaubnis vom Kanton Schwyz erhalten hat. Damit setzten die Politiker von Bern und Schwyz den Bundesbrief mutwillig dem Risiko von Verlust und Beschädigung aus.

Vorstösse im Parlament

Pirmin Schwander hat am Montagabend bei einem SVP-Anlass in Einsiedeln bereits Kantonsräte gewinnen können, die sich mit Vorstössen für den Kauf des Bundesbriefes und das Verhindern der Auslandsreise einsetzen sollen. Man werde auch verlangen, ein Duplikat herzustellen, gegen den Transfer eines solchen hätte man nämlich nichts einzuwenden. Gemäss Peter Föhn würde die erwähnte Stiftung sogar Geld zur Herstellung des Duplikats bereitstellen.

Für die Schwyzer Regierung ist der Bundesbrief indes unverkäuflich, wie Justizdirektor Peter Reuteler gegenüber dem «Boten» erklärte. Man habe den einmaligen Export des Bundesbriefes als verantwortbar betrachtet. Mörgelis Brief «Mit grosser Sorge» wird er abschlägig beantworten. Reuteler taxiert die Aufregung um den Bundesbrief als Polemik.